

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

25.11.1932 (No. 277)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amenb.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Um die Konkordate Eine notwendige Feststellung

Von Dr. Baumgartner, Minister des Kultus u. Unterrichts

Der „Volksfreund“ bringt in seiner Nummer 273 vom Mittwoch, den 23. November 1932, unter obiger Überschrift einen Artikel mit dem Untertitel „Gedächtnisfehler oder Taktik“ von Georg Schöpflin und einen zweiten Artikel mit der Überschrift „Eine schöne Geschichte“ von Adam Kemmele.

In ersterem Artikel behauptet Herr Schöpflin, daß ich im Haushaltsausschuß „eine derart lächerhafte Darstellung unter Verschweigen gerade des entscheidenden Teils jenes Vorgangs gegeben, daß sein Amtsvorgänger (also Kemmele) in ein ganz falsches Licht geraten mußte“. Zu dieser Behauptung des Herrn Schöpflin und zu den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten und Ministers a. D. Dr. h. c. Kemmele in seinem Artikel stelle ich folgende Tatsachen fest:

1. In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Freitag, den 18. November 1932, brachte (vgl. auch Bericht des „Volksfreund“ in Nr. 270) „ein sozialdemokratischer Abgeordneter Feststellungen des früheren Unterrichtsministers Dr. Kemmele zur Sprache, die dieser anlässlich einer Wahlversammlung am 29. Oktober 1932 in Freiburg auf eine Anfrage gemacht hatte“. Auf die dieser Feststellung des sozialdemokratischen Abgeordneten folgenden Anfrage habe ich aus dem amtlichen Bericht des damaligen Ministerialdirektors Dr. Huber vom 14. Oktober 1930 aus den Akten festgestellt, daß „er (Dr. Huber) im Auftrag des Kultusministers Dr. Kemmele sich am 18. Oktober 1930 nach Weizungen bei Zug in der Schweiz begeben habe, um dort mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär Pacelli wegen Abschluß eines Konkordates mit dem Heiligen Stuhl Fühlung zu nehmen“.

2. habe ich im Haushaltsausschuß wiederholt, was ich auch bereits in der amtlichen Begründung zum Gesetzentwurf selbst dargelegt habe, daß mit Datum vom 20. Oktober 1930 der damalige Herr Unterrichtsminister Dr. h. c. Kemmele mit einem längeren Vortrag an das Staatsministerium folgenden Antrag gestellt habe, „das Staatsministerium wolle den Minister des Kultus und Unterrichts beauftragen, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs mit dem Heiligen Stuhl die Verhandlungen zu einer vertraglichen Neuregelung der Verhältnisse zwischen dem Lande Baden und der römisch-katholischen Kirche aufzunehmen“.

Meine Angabe im Haushaltsausschuß vom 18. November 1932, wonach durch den damals verantwortlichen Minister Dr. Kemmele die Verhandlungen durch die Aussprache des Herrn Ministerialdirektors mit dem Kardinalstaatssekretär und durch die Vorlage eines Vertragsentwurfs an das Staatsministerium eingeleitet worden seien, ist also nicht „lückenhaft“ und nicht nur „bedingt richtig“, sondern unbedingt und vollständig.

3. Wenn nun Herr Dr. Kemmele in seinem Artikel behauptet, eine Aussprache (gemeint ist die oben erwähnte Verhandlung des Herrn Ministerialdirektors mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär) wäre jedoch noch nicht gleichbedeutend mit einer offiziellen Verhandlung, so ist das lediglich ein Streit um Worte, und wenn Herr Schöpflin in seinem Artikel meint, daß der entscheidende Teil jenes Vorgangs darin bestehe, daß „Kemmele erst auf Anregungen Dr. Baumgartners als den damaligen Führer der Zentrumsparlei einen hohen Beamten zu einer Unterhaltung, nicht zu Verhandlungen entsandt hat“, so überlasse ich das Urteil darüber, was das Entscheidende an der ganzen Streitfrage ist, ruhig der Öffentlichkeit. Ich hatte gar keinen Grund, zu verschweigen, daß ich als damaliger Vorsitzender der Zentrumsfraktion und für den erkrankten damaligen Parteiführer Dr. Schöfer das Ersuchen an den Herrn Kultusminister gerichtet habe, die Gelegenheit der Anwesenheit des Herrn Kardinalstaatssekretärs am Bodensee zu benutzen, um die notwendige Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschluß eines Konkordats herbeizuführen. Ich habe dieses Ersuchen nicht zum ersten Male etwa Mitte Oktober 1930 telefonisch an den Herrn Unterrichtsminister Dr. Kemmele gerichtet, sondern laut Aktennotiz bereits schon am 19. September 1930, und da Herr Dr. Kemmele damals im Urlaub auswärts weilte, dieses Ersuchen an den Herrn Ministerialdirektor gegeben. Es ist doch wohl

Letzte Nachrichten

Die Lage im Reich

Die Besprechungen des Prälaten Kaas

W.B. Berlin, 25. Nov. (Priv.-Tel.). Wie wir hören, hat sich der Führer der Zentrumsparlei, Prälat Kaas, der bereits Donnerstagabend vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung über die politische Lage empfangen worden war und heute dem Reichspräsidenten über die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung berichten soll, noch gestern Abend mit seinen engeren Parteifreunden über den Auftrag besprochen, den er vom Reichspräsidenten bekommen hat. In Ausführung dieses Auftrages hatte er am heutigen Freitagvormittag zuerst eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey dürfte ihm erklärt haben, daß die Deutsche Volkspartei sich an einer nationalen Konzentration beteiligen würde. Gegen Mittag hat Prälat Kaas dann Geh.-Rat Hugenberg aufgesucht. Wahrscheinlich wird er im Anschluß daran auch mit Adolf Hitler Fühlung nehmen.

In politischen Kreisen beurteilt man die Aussichten jedoch auch heute mittag recht skeptisch und glaubt, daß der Führer des Zentrums dem Reichspräsidenten heute nachmittag nur eine negative Auskunft geben können wird. Er wird dem wahrscheinlich hinzufügen, daß das Zentrum gegen die Wiederkehr des bisherigen Kabinetts eingestellt ist, daß es dagegen zur Unterstützung bereit sei, wenn der Reichspräsident einen anderen Mann seines Vertrauens benennt. Das würde zwar auch noch keine Mehrheit bedeuten, aber immerhin rechnet man im Zentrum damit, daß ein solches Kabinett im neuen Reichstag rund 200 Abgeordnete für sich, also eine breitere Basis haben würde. Diese Gedankengänge kennzeichnen die Stimmung, die im Zentrum herrscht. Angesichts dieser ungeklärten Lage läßt sich natürlich im Augenblick noch gar nicht übersehen, in welcher Form die gegenwärtige Regierungskrisis schließlich liquidiert wird. Sicher ist es nur, daß die Lösung frühestens für Anfang nächster Woche zu erwarten ist.

Einberufung des Reichstags zum 6. Dezember

W.B. Berlin, 25. Nov. (Tel.). Das Reichstagsbüro teilt mit, daß Präsident Brüning den Reichstag auf Dienstag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, einberufen hat.

Ein Aufruf Hitlers

W.B. Köln, 25. Nov. (Priv.-Tel.). Der „Westdeutsche Beob.“ veröffentlicht einen Aufruf Adolf Hitlers, in dem er nach einer längeren Kritik am Kabinett Papen erklärt, man habe ihn nach Berlin gerufen, um an der Weibung einer Regierungskrise mitzuwirken, und habe dabei doch nur das Kabinett Papen retten und ihm (Hitler) einen zweiten 13. August bereiten wollen. Obwohl der ihm übertragene Auftrag durch die daran geknüpften Bedingungen von vornherein unmöglich gemacht worden sei, habe er sich angesichts der Not des Volkes entschlossen, ein Angebot zu machen, das zugleich für die inneren Absichten aller hätte Räumung sein können. Das Angebot sei abgelehnt worden. Er glaube, daß schon damit der Wille der Ratgeber des Reichspräsidenten erfüllt sei. Was er am Abend des Wahltags schon erklärt habe, wiederhole er hiermit: „Dieses System muß in Deutschland niedergebroschen werden, wenn nicht die deutsche Nation an ihm zerbricht!“ Der Aufruf schließt mit der Erklärung, daß der Kampf weitergeführt werde mit der Zuversicht, daß die NSDAP. Sieger bleibe.

Vertrauensvotum für die Regierung Herriot

W.B. Paris, 24. Nov. (Tel.). Die Kammer erledigte in einer Nachsitzung, die um 4 Uhr morgens zu Ende ging, die Interpellationsdebatte über die Aero-Postale-Angelegenheit durch Annahme einer Vertrauensstimmungsordnung für die Regierung mit 485 gegen 18 Stimmen. Die Tagesordnung besagt, daß die Kammer den Vertrauensstimmungsgegenstand gegen gewisse Beamte verhandelt, und daß die Ausschüsse der Kammer über die in der Debatte zur Aussprache gekommenen Vorfälle Aufklärung bringen müssen.

ganz selbstverständlich, daß die Zentrumsparlei und Fraktion auf der in der Koalitionsbesprechung vom Jahre 1929 gegebenen Zusage, nachdem schon im Dezember 1929 in der Koalition ausdrücklich verabredet war, ein Konkordat abzuschließen, bestehen mußte, insbesondere, nachdem auch in der Regierungserklärung vom Januar 1930, der auch von sozialdemokratischer Seite nicht widersprochen war, diese Bereitwilligkeit wiederholt worden war. Endlich stelle ich fest, daß ich an keinem Orte und zu keiner Zeit je behauptet habe, daß der vom Herrn Unterrichtsminister Dr. Kemmele vorgelegte Entwurf identisch sei mit dem von mir als derzeitigem Kultusminister dem Staatsministerium vorgelegten Entwurf.

Wirtschaftliche Umschau

Geld- und Kapitalmarkt — Der Konflikt im Einzelhandel

Es ist nicht abzusehen, wann auf dem Kapitalmarkt Klärung und Besserung eintreten, einmal, weil zuerst der Geldmarkt, und zwar international, durch Lösung der Probleme der privaten und politischen Verschuldung in Ordnung gebracht werden müßte, dann aber, weil die Vorbedingung für ein Wiederfunktionieren des Kapitalmarkts eine eindeutige Ordnung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland ist. Erst wenn die Wirtschaft und die Geldgeber, Private und Banken, wieder festen Boden unter den Füßen sehen, und dadurch die psychologische Voraussetzung geschaffen ist, können und werden sie wieder Investitionen ermöglichen und vornehmen, wodurch erst die Grundlage zu einer Besserung des Arbeitsmarkts geschaffen ist, die viel wichtiger ist als alle Arbeitsbeschaffungsprogramme zusammen.

Vorausgesetzt, daß geklärtere Verhältnisse in der Welt und in Deutschland eintreten, wäre die Lage an sich durchaus nicht so hoffnungslos. Denn es befinden sich einmal große Summen deutscher Gelder als Fluchtgelder im Ausland, für die, wenn auch wahrscheinlich sehr übertrieben, in die Milliarden gehende Schätzungen vorliegen. Dann hat aber Deutschland auch sehr erhebliche Beträge an eingefrorenen Guthaben im Ausland stehen. Nach Mittelungen aus dem Reichswirtschaftsministerium kann man den Umfang der deutschen Forderungen, die gegenwärtig durch ausländische Zahlungsbeschränkungen in verdrängten Ländern (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien, Griechenland, Südamerika) festliegen, auf etwa 600 Millionen veranschlagen, dazu kommen noch die deutschen Außenstände in Rußland, die dort allein etwa 1,2 Milliarden betragen. Und eine Gesamtschätzung der deutschen Exportforderungen kommt sogar auf den Betrag von 3 Milliarden Reichsmark. Was davon in absehbarer Zeit durch Bemühungen der Reichsbank, Abkommen mit den Notenbanken der Schuldnerländer herbeizuführen „aufgetaut“ werden kann, ist freilich schwer zu sagen. Immerhin aber steht fest, daß doch ein recht beträchtlicher Teil der deutschen kurzfristigen Verschuldung an das Ausland durch deutsche Exportforderungen gedeckt ist. Zusammen mit dem deutschen Fluchtkapital im Ausland könnten also unter den oben erwähnten Voraussetzungen doch schließlich recht beträchtliche deutsche Hilfsquellen einmal mobilisiert werden, was fogleich auch dem deutschen Kapitalmarkt und dadurch der Gesamtwirtschaft zugute kommen müßte.

Borerst freilich hält auf dem Hypothekemarkt die Verknappung an. Privatgeld, das noch vor kurzem eine nicht ganz unbeachtliche Rolle bei der Hypothekerverförmung gespielt hat, ist, wie berichtet wird, gegenwärtig so gut wie ganz vom Markt verschwunden. Und die wenigen Stellen, die außer den stillgelegten Hypothekendarlehen noch in geringfügigem Umfang Hypothekengelder gewähren, sind noch vorichtiger geworden als bisher. Die Gründe sind leicht zu erkennen; sie liegen in der gesamten Unsicherheit der wirtschaftspolitischen Lage. Eine neue kürzlich erlassene Notverordnung erweitert zwar durch ein neues Hypothekemoratorium bis zum 1. April 1934 den Schuldnerschutz, nützt aber natürlich auf der anderen Seite nicht dem Kapitalmarkt. Das neue Hypothekemoratorium hat so ziemlich für alle durch die bisherigen Bestimmungen nicht geschützten Hypotheken (außer den Aufwertungsypotheken) Geltung. Der Gläubiger kann allerdings unter Darlegung seiner wirtschaftlichen Lage vor dem Amtsgericht unter Umständen eine Aufhebung dieser Zwangsprolongation durchsetzen, und außerdem steht ihm, ungeachtet der Sperrfrist, ein Kündigungsrecht zu, wenn der Schuldner länger als einen Monat mit der Zinszahlung im Verzug ist. Der Gläubiger kann jedoch nicht mehr wie bisher bei freiwilligen Prolongationen erhöhte Gebühren verlangen. Das Moratorium macht ferner unter anderem der Bevorzugung von solchen Hypotheken, die aus dem Erlös von Auslandsanleihen gewährt worden sind, ein Ende. Eine unmittelbar ungünstige Wirkung auf den Kapitalmarkt muß es insofern ausüben, als die Folge eine entsprechende Verzögerung der Tilgung für verschiedene Pfandbriefserien sein wird.

Dem mittelständischen Einzelhandel geht es im großen Durchschnitt seit langem schlecht. Er leidet nicht nur unter

Briefwechsel Hindenburg - Hitler

Verständigung gescheitert

Der Schriftwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler wurde am Donnerstagabend veröffentlicht. Aus ihm geht das Scheitern der Bemühungen nach Verständigung hervor. Aber die am Donnerstag vom Reichspräsidenten von Hindenburg getroffene Entscheidung unterrichtet folgendes amtliche Kommuniqué:

„In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.“

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und daß er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteibittatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.“

Im Nachstehenden der Wortlaut des Briefwechsels zwischen Hindenburg und Hitler:

Der Auftrag an Hitler

In der Unterredung, die am Samstag, den 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stünde. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, den 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende

formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertritt, ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Mann geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie, als den Führer der stärksten Partei, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sicher arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden.“

— Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.“

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende

Voraussetzungen für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung

fest, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen — keine Einschränkung des Artikels 48.

2. Persönlich: behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Befestigung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reiches und Oberbefehlshabers des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.“

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Rückfragen Hitlers

In einem Schreiben an den Herrn Staatssekretär Dr. Weisner vom gleichen Tage stellte Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, den 21. November 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit, habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen: Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlösbar erscheinenden Widerspruch.

Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Erzelenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekanntgegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können.

Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente, unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichspräsident Brünning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. Ich selbst habe mich nicht als „Parteiführer“ gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu er-

den allgemeinen Folgen der Wirtschaftskrise und der gesunkenen Kaufkraft weiter Kreise der Konsumentenschaft, sondern auch seit langem unter der Konkurrenz der Einzelhandelsgroßbetriebe der Warenhäuser, Filialbetriebe und Konsumgenossenschaften, der Versandgeschäfte, des Hausier- und Wandergewerbes, zu denen neuerdings noch die der Einheitspreisgeschäfte hinzugekommen ist. Dies trifft namentlich in den größeren Städten den mittelständischen Einzelhandel so schwer, daß bereits eine Art Konzessionszwang für Einheitspreisgeschäfte entstehen mußte. In kleineren Orten treibt eine bestimmte Sorte von Filialbetrieben tatsächlich oft Preisschleuderei schlimmsten Ausmaßes mit Lockpreisen für einzelne Artikel, und hat die Vernichtung mancher Existenzen verschuldet. Bislang bestand eine große Organisation des gesamten deutschen Einzelhandels, die sogenannte Hauptgemeinschaft. Diese Organisation, in der es bisher trotz der vielfach widerstreitenden Interessen gelungen war, gemeinsam zu arbeiten unter Hinweis auf die Wichtigkeit des Einzelhandels bei der Güterverteilung, Lagerhaltung und Versorgung der Bevölkerung ist nun auseinandergefallen, da die Gegensätze, die in Baden schon im März zu einer Spaltung geführt haben, zu groß geworden sind. Der Einzelhandel hat nun keine Einheitsorganisation mehr im Gegensatz z. B. zur Industrie, wo solche Organisationen weiter bestehen, trotzdem die Arbeiter mit der Schwerindustrie gleichfalls dauernd in Konflikten liegen oder bei den Banken, wo sich Privatbankiers und Großbanken recht häufig in grundsätzlichen Fragen auseinandersetzen haben.

Auf der kürzlich in Berlin stattgefundenen Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels waren zwar zunächst Anträge auf Ausschluß der Warenhäuser aus dem Einheitsverband abgelehnt, auch der Wunsch ausgesprochen worden, weiterhin sachliche Zusammenarbeit durch Bildung von nicht regional gebildeten, sondern sich über das ganze Reich erstreckenden Fachgruppen zu pflegen, aber schließlich wurde mit großer Stimmenmehrheit (134 gegen 71 Stimmen) einem Antrag des Reichsverbands deutscher Schuhhändler zugestimmt, wonach ein Ausschluß einen Gesetzentwurf auf Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer ausarbeiten soll, und wonach ferner Vorschläge auf eine nach dem Umsatz gestaffelte erhöhte Umsatzsteuer bis zu 15 Proz. grundsätzlich gebilligt werden. Die Annahme dieses Antrags hat der deutsche Warenhausverband als Begründung für seinen Austritt angegeben, denn es handle sich hier um das Verlangen nach einer Erdbrotersteuer. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels könne deshalb nicht mehr als die Gesamtvertretung des deutschen Einzelhandels angesehen werden, sondern sei dadurch eine rein mittelständische Kampforganisation geworden. Dem Austritt der Warenhäuser ist nun der des Reichsverbands deutscher Nahrungsmittelfilialbetriebe gefolgt, und zwar mit ähnlicher Begründung, da eine gezielte Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei und derartige Sondermaßnahmen das Ziel der Preissteigerung hätten. Der Warenhausverband hat erklärt, daß neue Einigungsverhandlungen unter solchen Voraussetzungen nicht mehr möglich seien, und daß er deshalb auch nicht mehr an den Verhandlungen des Sonderausschusses zur Regelung von Wettbewerbsfragen, der bisher erfolgreich gearbeitet habe, teilnehmen könne. Darin ist zweifellos eine Kampfanzüge zu erblicken.

Die Regierungsinstanzen sehen sich somit im ganzen zwei Fronten des Einzelhandels jetzt gegenüber, von denen zum Teil entgegengesetzte Forderungen erhoben werden. Das Programm des Reichswirtschaftsministers „für einen einzelnen Wirtschaftszweig alles das zu tun, was diesem nützt und dabei gleichzeitig das Wohl des Ganzen fördert“, wird nun in bezug auf den Einzelhandel noch schwerer als bisher zu verwirklichen sein. Dabei ist nicht zu vergessen, daß manche Forderungen des Einzelhandels im volkswirtschaftlichen Interesse auf jeden Fall berechtigt erscheinen müssen, denn die Vernichtung von immer mehr mittelständischen Existenzen kann dem Staat weder aus finanziellen noch aus staatspolitischen Gründen gleichgültig sein. Selbst die Großbetriebe lehnen nunmehr Forderungen nicht prinzipiell ab, wie die nach einer mäßigen Staffelung der schon bestehenden Großbetriebssteuer für Umsätze und einer Ausgleichsteuer für solche Unternehmungen, die Fabrikation und Handel zusammen betreiben und dadurch ein- oder sogar mehrmals Umsatzsteuer sparen (nachdem das Projekt der Whalenpauschalierung aufgegeben zu sein scheint). Auch die Handelsverkehrsbeschränkung soll nach Ankündigung des Reichswirtschaftsministers in die Gewerbeordnung eingeführt werden.

Eine Unterredung Hitler-Eugenberg. Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit den Führern anderer Parteien am Donnerstag auch eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Eugen Berg, stattgefunden. — Meldungen, wonach Adolf Hitler dem Reichspräsidenten die Bildung eines Präsidialkabinetts als Mindestkabinett auf der Basis der Garzburger Front vorgeschlagen habe unter Ausschluß anderer politischer Gruppen, die sich für eine nationale Konzentration zur Verfügung stellen, werden jedoch als falsch bezeichnet.

Die Kommunisten gewinnen ein weiteres Reichstagsmandat. In der am Donnerstag abgehaltene Sitzung des Kreiswahlausschusses im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der NSD. infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt, das Walter Frank in Wochum übertragen wird. In Düsseldorf-West sind demnach endgültig gewählt: 4 Nationalsozialisten, 1 Sozialdemokrat, 4 Kommunisten, 5 Zentrumsabgeordnete und 1 Deutschnationaler.

lösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten.

Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser Voraussetzung, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt, Dies im Interesse der deutschen Nation geschäftig herbeizuführen, ist mein sehnlichster Wunsch und mein vornehmstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler.“

Die Beantwortung dieser Rückfragen

Staatssekretär Dr. Weisner beantwortete am Dienstag, den 22. November, die Fragen des Führers der NSDAP, Adolf Hitler. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Sehr verehrter Herr Hitler!
Auf Ihr gefälliges Schreiben beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung

in folgenden Merkmalen:
1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Verlangen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmaßnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheiten also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Zuliefern dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengefaßt sein und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. — Niernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung verjagt und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Befestigung oder zur Duldung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beizugehen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen besäße.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Beruf entschlossen, nachdem seine Besprechungen mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstags für ausdrücklich gehalten haben. Da von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen“ für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets ausgeübten Staatspraxis jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt; im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen. Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsbildung sich als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollte, so würde das Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Erfolg Ihrer Feststellungen sein.“

Gegenvorschlag Hitlers

Auf dieses Schreiben antwortete Herr Adolf Hitler am 23. November u. a. folgendes:

„Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilich sein könnte als ein parlamentarisches, widerlegt sich 1. aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und 2. aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl, als auch aus der dabei angewandten Methode. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist, dann benötigt es die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteimehrheit, wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genau so das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages entweder besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt.“

Ich habe die Überzeugung vertreten, daß es mir unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine Katastrophe zu vermeiden, weil ich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinden.

Sie teilen mir mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine 100prozentige parlamentarische Lösung wünsche. Diese Aufgabe kann überhaupt nicht gelöst werden, wenn die Stellung dieses Auftrags mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern. Denn wenn schon der nur parlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammenfassung des Kabinetts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichkanzler und die Reichsminister ernannt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsaußen- und der Reichswirtschaftsminister können nur auf Vorschlag des Reichkanzlers ernannt werden.

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Mehrheitskabinetts dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 folgende über die Reichsgesetzgebung zuzuführen.

Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genau so, wie meine sämtlichen Mitarbeiter zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe bisher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen und bitte Sie deshalb, Sr. Erzellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, 21. November, vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angeblickt der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht in Chaos verfallen, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltfriedens die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die heftigsten innen-, außen- und wirtschaftlichen Maßnahmen vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswirtschaftsministerium als seinem mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Herr von Neurath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichkanzler und bestatigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinetts die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck alle Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie verweigert worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Hindenburgs Ablehnung

Der abschließende Brief des Staatssekretärs Meißner an Hitler hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beziehe ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen zu dieser Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen „inneren Widerspruch“ in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem erklärenden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Klärung hingewiesen war, falls eine der von dem Herrn Reichspräsidenten erwähnten Voraussetzungen sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts“ zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinetts sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegenlage im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaftesten Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswirtschaftsminister General von Schleicher, jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Anabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offen stehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den stehenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Hitler,

Ihr sehr ergebener

gez.: Dr. Meißner.

Antwortschreiben Hitlers

Adolf Hitler hat an den Staatssekretär Meißner abschließend folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlags zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied Anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August d. J. so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinetts Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinetts zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerer Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgend Mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinetts eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher Recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre, der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich Sie, Seiner Erzellenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

gez. Adolf Hitler.

Aus dem Reichsrat

Im Reichsrat verabschiedete sich am Donnerstagabend der bisherige bayerische Gesandte Dr. v. Preger, der nach Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst scheidet. Reichsinnenminister v. Gahl widmete ihm kurze Worte des Abschieds und des Dankes. Dr. v. Preger erklärte in seiner Erwiderung u. a., er erlicke den Grund für Unstimmigkeiten und Konflikte zwischen Bayern und dem Reich in den Konstitutionen der Weimarer Verfassung, die die Rechte der Länder beschnitten und die Grenzen der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern nicht scharf genug gezogen habe. Aber alle diese Konflikte seien ausgeglichen worden und würden in Zukunft ausgeglichen werden, bis es gelinge, durch Abänderung der Reichsverfassung den Ländern die Stellung wiederzugeben, auf die sie kraft ihrer historischen Entwicklung Anspruch hätten und die auch im Interesse des Reiches liege. Wer den Einheitsstaat anstrebe, lege die Art an die Wurzel des Reiches.

Gesandter v. Preger wurde am Donnerstag zum Reichspräsidenten empfangen. Der Reichspräsident überreichte bei dieser Gelegenheit Herrn v. Preger sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Besserstellung der Arbeitslosen in den Lohnklassen 7-11

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister am Donnerstag an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Auslegungserlaß gerichtet, durch den sichergestellt wird, daß mit Wirkung vom 28. November an Arbeitslose der Lohnklassen 7 bis 11 in allen Fällen mindestens die Unterstützung erhalten, die ihnen zustände, wenn sie in der Lohnklasse 6 wären und danach Anspruch auf die Winterzulage hätten.

Im Völkerbundrat wurde Donnerstag nachmittag bei der Behandlung des chinesischn-japanischen Streitfalls der Austausch von Erklärungen der beiden streitenden Parteien vorläufig abgeschlossen.

Ablehnung einer Internationalisierung der Handelsluftfahrt. Der Lufttransportausschuß der Internationalen Handelskammer hat sich am Donnerstag in Paris in Anwesenheit eines Vertreters des Völkerbundes mit den Plänen der Internationalisierung der Handelsluftfahrt beschäftigt. In einer Entscheidung erklärt der Ausschuß, daß die Internationalisierung der Handelsluftfahrt ein schweres Hindernis für die weitere Entwicklung der Handelsluftfahrt und für den Fortschritt in der Weltwirtschaft bedeuten würde.

Ausweisung unerwünschter Ausländer aus der Schweiz. Zahlreiche unerwünschte Ausländer, die sich an den Unruhen in Genf beteiligt haben, sind in den letzten Tagen aus der Schweiz ausgewiesen worden.

Kleine Chronik

Ein Reichsbannermann, der in Glöckbach-Meid bei einer Schlägerei mit Nationalsozialisten den Gegnern Stoßhiebe versetzt hatte, mußte nach den Bestimmungen der Notverordnung zur Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus verurteilt werden.

Gegen den früheren Direktor der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, Seiffert, ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Bilanzverschleierung und handelsrechtlicher Untreue erhoben worden.

Auf dem „Delbrück“-Schacht bei Hindenburg (Oberschlesien) wurden 4 Bergleute durch Zubruchgehen einer etwa 80 Meter langen Stütze eingeschlossen. Von den eingeschlossenen wurden fünfzig nicht mehr geholt.

Ein Philippiner lief in Seattle (Nordamerika) in den Straßen der Stadt Amok und tötete eine große Anzahl von Passanten 12. Insgesamt wurden 6 Personen getötet und mehr als 100 verwundet, bevor der Rasende kampfunfähig gemacht werden konnte.

Aus den Ländern

Aus dem Preussischen Landtag

Der Preussische Landtag begann am Donnerstag vor hart befehltem Hause seinen auf drei Tage berechneten Volltagungsabschnitt. Außerhalb der Tagesordnung gab der deutsche nationale Fraktionsvorsitzende Dr. v. Winterfeld eine Erklärung ab, die die Einsetzung des Reichskommissars bejaht, wenn auch nicht alle Maßnahmen des Reichskommissars gebilligt werden. Die Erklärung lehnt es ab, „mit der sogenannten Regierung Braun“ zu beraten.

Dann begann die große politische Aussprache, und zwar zunächst über den Abschnitt „Regierung der Reichskommissare“. Als Minister Girtler das Wort erhielt, verließen die Deutschnationalen den Saal. Girtler jagte unter Hinweis auf das Leipziger Urteil, daß darin die Verordnung vom 20. Juli als in wichtigen Punkten mit der Verfassung nicht im Einklang stehend bezeichnet wurde. Dennoch habe die Reichsregierung es bisher nicht für notwendig gehalten, dem Reichspräsidenten die Änderung der Verordnung vorzuschlagen. Noch immer müsse der Name des Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt eine verfassungswidrige Verordnung von dieser Bedeutung beinhalten. Die Regierung Braun verlange Aufhebung der Verordnung, mindestens aber Abänderung im Sinne der Staatsgerichtshofsentscheidung. Die Staatsregierung kämpfe nicht für ihre Rechte, sondern für die der jeweiligen preussischen Regierung, wozu sie verpflichtet sei, bis eine neue Regierung gebildet wäre.

Die Finanzlage Mecklenburg-Schwerins

Im Hauptauschuß des Mecklenburg-Schweriner Landtags teilte ein Regierungsvertreter mit, daß sich ein Gesamtschuldbetrag von 8 Mill. RM. im Haushaltsplan ergebe. Dringend notwendig sei die Herabsetzung der Kosten im Staatshaushalt. Eine Kürzung der sachlichen Ausgaben um 30 Prozent sei bereits verfügt. Außerordentlich große Einschränkung der Gehälter, Herabsetzung der Kosten für den Unterhalt von Staatsgebäuden und Kunststrahlen sei nicht zu vermeiden. Die Regierung habe sich deswegen entschließen müssen, die Schlachtsteuer für Mecklenburg-Schwerin einzuführen, deren Jahresaufkommen auf 3 Mill. RM. geschätzt werde. Auch die Kürzung der Beamtengehälter sei unvermeidlich. Man sei sich aber noch nicht klar, ob direkte Gehaltskürzung oder das sog. Rollstern zur Anwendung kommen soll. Für das Jahr 1933 sei mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

In der Sitzung wurde noch ein Gesetz zur Errichtung des Mecklenburg-Schweriner Siedlungsverbandes angenommen, das die Schaffung von 1000 Siedlerstellen vorsieht.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz. Die diese Woche in Genf zwischen verschiedenen Persönlichkeiten stattgehabten Besprechungen über die Möglichkeit einer erneuten Teilnahme Deutschlands an den Abrüstungsverhandlungen haben zu materiellen Ergebnissen noch nicht geführt.

Gründung eines Weltkriegerverbandes. Dieser Tage wurde von Deutschland das Abkommen über die Gründung eines Weltkriegerverbandes ratifiziert. Das Abkommen tritt am 27. Dezember 1932 in Kraft. Außer Deutschland sind dem Abkommen 27 Staaten beigetreten.

Millionendefizite in städtischen Haushalten. Der Rechnungsabschluß der Stadt Stuttgart für das Jahr 1931 verzeichnet einen Fehlbetrag von 5,7 Millionen Reichsmark. In Frankfurt a. M. ist mit einem tatsächlichen Defizitbetrag von rund 12 Millionen Reichsmark für das laufende Etatsjahr zu rechnen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Aus dem Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß des Bad. Landtags beschäftigte sich am Mittwochvormittag in kurzer Sitzung zunächst mit dem Nachweis der Regierung über die Verwendung der aus dem Wirtschaftsfonds dem Staate Baden zugeflossenen Mittel. Der Regierungsvertreter gab eine kurze Übersicht über die Art der Verwendung der dem Lande zustehenden Summe von rund 1.445.000 RM. Davon sind allein 800.000 RM für die Regulierung der Rinzig benutzt worden, während der Restbetrag in einzelnen Teilen für Wasser- und Straßenbau verwandt wurde. — Der Ausschuß genehmigte den Bericht einstimmig.

Sodann wurde der halbjährlich vorzulegende Nachweis des Staatsministeriums über die nach § 47 des Besoldungsgesetzes jeweils nicht wieder zu behebenden dritten Beamtensstellen behandelt und zur Kenntnis genommen. Es entspann sich eine kurze Aussprache über die Lage der nichtplanmäßigen Beamten. Der Minister stellte hierzu Maßnahmen in Aussicht, um noch weiter bisher nicht benutzte Beamte verwenden zu können und um ferner den überalterten außerplanmäßigen Beamten, soweit sie in absehbarer Zeit nicht planmäßig werden können, in bezug auf Hinterbliebenen- und Altersversorgung eine gewisse Sicherheit zu geben.

Darauf erfolgte dann die bereits gemeldete Abstimmung über die Konfordsanträge.

Der Rhein als Kraftquelle

In der Abteilung Wasserkraftanlagen im Deutschen Museum in München zeigt ein Gemälde das Kraftwerk Rheinfelden im Baden. Dieses Kraftwerk ist für die Elektrizitätserzeugung von außerordentlicher Bedeutung. Die gesamte Stromerzeugung des Kraftwerkes, die jetzt auf eine Jahreserzeugung von 170 Millionen Kilowattstunden erweitert ist, wird von der Aluminiumindustrie AG. Reushausen, den Elektrotechnischen Werken Bitterfeld (jetzt J. G. Farbenindustrie) und zur Elektrizitätsversorgung des badischen Oberlandes und des schweizerischen Kantons Aargau verwendet. Die Stadtgemeinde Rheinfelden verdankt ihre Entstehung dem Kraftwerk. Das Gemälde im Deutschen Museum ist eine Stiftung der Kraftübertragungswerke Rheinfelden.

Aus der badischen Industrie

Werkstilllegungen in Heidelberg. Das Reimener Zementwerk der Porlandzementwerke wird zum 1. Dezember die winterrliche Stilllegung seines Werkes eintreten lassen. Die beschäftigten 400 Arbeiter werden dadurch größtenteils vorläufig entlassen. Auch bei der Waggonfabrik Fuchs sind die erweiterten Reichsbahnaufträge noch nicht endgültig erteilt, so daß die Gesellschaft ihren Arbeiterbestand dauernd verringern mußte. Es ist damit zu rechnen, daß im Dezember weitere Entlassungen notwendig werden, so daß das Werk dann bis zur endgültigen Übertragung der neuen Reichsbahnaufträge beinahe ganz stillgelegt werden muß.

100 Jahre Lederwerke Segauer in Emmendingen. Am kommenden Samstag können die Lederwerke Segauer in Emmendingen auf ihr hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt einschließlich der offenen Reserven eine Million Reichsmark. Zurzeit werden 21 Angestellte und 63 Arbeiter beschäftigt.

Aus der Landeshauptstadt

70. Geburtstag. Am 28. November vollendet der Präsident des Badischen Kriegerbundes, Generalmajor a. D. Karl Illmann sein 70. Lebensjahr. In Freiburg geboren, erhielt Illmann seine erste militärische Erziehung im Kadettenkorps, um seine Offizierslaufbahn dann im April 1889 der 1. Kurmärkischen Dragonerregiment zu beginnen. Von 1891/92 war er zu einer einjährigen Dienstleistung beim Feldartillerieregiment Nr. 14 in Karlsruhe kommandiert. Sodann wurde er Adjutant in Straßburg und 1896 zum Rittmeister befördert, während der Kriegsjahre war ihm die Führung verschiedener Regimenter übertragen. Im Mai 1918 wurde er zum Generalmajor befördert und nach Kriegsende war er noch für die Dauer eines Jahres als Kommandeur des neutralen Abschnittes (Baden) tätig und erbat dann seinen Abschied.

Todesfall. Im 84. Lebensjahr verschied nach kurzem Leiden Fräulein Anna Kühlenhal, Oberin des Heims Friedrichsheim. Seit der Gründung des Stiftes im Jahre 1889 gehörte die Verstorbene dem Komitee an; im Jahre 1908 übernahm sie die Stelle der Oberin, welche sie nahezu 25 Jahre bekleidete.

Der Staatsanwalt legt Berufung ein. In dem Prozeß gegen Professor Kraft wegen Verleumdung des Badischen Landtags, der bekanntlich mit einer Verurteilung von 50 RM. Geldstrafe endete, hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt mit der Begründung, daß diese Verurteilung die Erzählung einer wesentlich höheren Strafe bezwecken soll.

Mit einer großen Verspätung lief am Freitagvormittag der FD 192 hier ein, der fahrplanmäßig um 8.11 Uhr ankommen sollte. Gerüchte wollten wissen, daß dem FD auf der Strecke zwischen Berlin und Karlsruhe ein Unfall zugefallen wäre, er sei mit einem Kraftwagen zusammengestoßen. Auf Nachfrage bei der zuständigen Stelle der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns mitgeteilt, daß der FD bei Kassel einen Maschinendefekt erlitten hat, der die Verspätung von 82 Minuten verursachte.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Die Wetterlage ist unverändert geblieben. Bis zu 49 Liter pro Quadratmeter haben die Niederschläge der letzten 24 Stunden ergeben. In Nordbaden war eine Böe mit Gewitter und Hagel verbunden. Auf dem Hochschwarzwald herrscht gegenwärtig Schneesturm, doch ist wegen der noch über Null liegenden Temperaturen vorerst nur auf den höchsten Gipfeln eine Schneedecke entstanden, die am Feldberg-observatorium heute früh 35 Zentimeter betrug. **Vorausgabe:** Keine wesentliche Änderung, in tiefen Lagen Regenwetter, auf dem Hochschwarzwald Schneesturm.

Wasserstände: Badshut 214 plus 5, Basel 24 plus 19, Kehl 241 plus 4, Mayau 390 plus 15, Mannheim 244 plus 5, Caub 174 plus 4.

Gemeinderundschau

Um das Landschaftsbild im Redartal. Dem Bezirksrat Heidelberg lag von neuem ein Genehmigungsantrag des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes vor, wonach dieses Unternehmen an einer zweiten Stelle im Redartal, u. a. bei Km. 53, mit großen Starkstromleitungen den Redar überqueren will. Über diese Frage wurde, nachdem kürzlich einige solcher Gesuche, besonders in Gessen, genehmigt worden waren, aus Gründen des Landschaftsschutzes sehr lebhaft in der Öffentlichkeit debattiert. In dem neuen Falle hat jetzt der Heidelberger Bezirksrat die Entscheidung verweigert.

Umgehungsstraße bei Hohenheim. Dem Mannheimer Bezirksrat wurde davon Kenntnis gegeben, daß im Wege der Notstandsarbeit eine Umgehungsstraße bei Hohenheim erstellt wird, von der eine wesentliche Verbesserung der Verbindung Mannheim-Karlsruhe zu erwarten ist. Das Projekt kostet etwa 100 000 RM., wovon die Stadtgemeinde Hohenheim 16 000 RM. zu tragen hat. Dadurch soll die Landstraße II in Hohenheim, die innerhalb des Ortes Karlsruher Straße heißt, und den Anforderungen des Durchgangsverkehrs seit langem nicht mehr genügt, entlastet werden.

Keine Aufhebung des Stadtbauamts Kehl. Dieser Tage hielten in Ettlingen die Bauamtsvorstände der mittleren Städte ihre diesjährige Tagung ab. Zur Beratung standen Fragen über Vorstadtbildung, freiwilliger Arbeitsdienst, sowie Arbeitsbeschaffung für Wohlfahrtsberufslose. Die Meldungen, wonach durch den Beschluß des Gemeinderats in Kehl das Stadtbauamt aufzuheben sei, wurden auf Anfrage dahingehend richtiggestellt, daß ein von den rechtsrheinischen Parteien eingebrachter Antrag auf Aufhebung des Stadtbauamts

im Gemeinderat wohl behandelt wurde, daß aber ein derartiger Antrag niemals zum Beschluß erhoben werden könnte. Im Gegenteil wurde sogar das Stadtbauamt zur Erledigung der dringlichsten Arbeiten ermächtigt, zwei weitere Ausschäftsstellen einzustellen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heidelberg, 25. Nov. Das Radiumsolbad hat im Laufe des Sommers bis in den Herbst hinein sowohl in Heidelberg wie im benachbarten Mannheim Ausschankstellen für Radiumwasser eingerichtet. Nach der jetzt vorliegenden Statistik wurden in dieser Zeit rund 1/4 Millionen Gläser Heilwasser verabreicht. In Badeghaus wird demnächst ein den neuesten Anforderungen entsprechendes Inhalatorium eingerichtet werden.

5b. Freiburg, 24. Nov. Der kürzlich vom Schöffengericht Freiburg abgeurteilte päpstliche Graf Nels-Coloredo ist am Donnerstagvormittag nach Vörsach überführt worden, wo er den schweizer Behörden übergeben wird.

5b. Freiburg, 24. Nov. Wie wir hören, ist die Voruntersuchung im Fall Hummel nunmehr soweit abgeschlossen, daß in der kommenden Woche mit der Ausarbeitung der Anklageschrift begonnen werden dürfte. Oberstaatsanwalt Riger hat Hummel in der vergangenen Woche mehrmals persönlich eingehend vernommen. Ob der Prozeß, der vor der Großen Strafkammer stattfinden dürfte, noch im Laufe des Dezember zur Verhandlung gelangt, steht noch nicht fest.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	25. November		24. November	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.28	169.62	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	70.73	70.87	71.03	71.17
Italien . . . 100 L.	21.53	21.57	21.54	21.58
London . . . 1 Pf.	13.56	13.60	13.65	13.69
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	80.92	81.05	80.92	81.05
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. November 1932 hat sich in der verfloßenen Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 107,3 Mill. auf 3306,3 Mill. RM., derjenige an Rentenbankföhen um 8,7 Mill. auf 389,5 Mill. RM. verringert. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 3,8 Mill. auf 933,5 Mill. RM. erhöht. Im Einzelnen haben die Goldbestände um 6,5 Mill. auf 818,6 Mill. Reichsmark abgenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen dagegen um 10,3 Mill. auf 114,9 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen betrug am 23. November 28,2 Proz. gegen 27,2 Proz. am Ende der Vorwoche.

Kah & Klump UG, Germsbach (Baden). Der Generalversammlung am 30. November werden die Bilanz und der Abschluß für 1931 vorgelegt werden. Die Gesellschaft weist bei einem Aktienkapital von 2,5 Mill. RM. für ihr zweites Geschäftsjahr als Utiensgesellschaft einen Verlust von 130 759 RM. aus, der sich um den Vortrag auf 1930 um 24 458 RM. auf 106 301 RM. ermäßigt. Abschreibungen erforderten 74 917 RM., Vorkostenrückstellungen 23 058 RM. Das Auslandsgeschäft sei durch die Unsicherheit wegen des Pfundsturzes erheblich erschwert; besonders hart sei die Gesellschaft von der Schließung der französischen Grenze für deutsches Holz betroffen worden.

Zeitschriftenchau

„Zeitwende.“ November-Fest. (C. S. Wed. München.) — Aus dem reichen Fest erwähne ich die Aufsätze „Was ist uns Gustav Adolf?“ von Johannes Paul, der die Frage erörtert, ob es lediglich religiöse Motive waren, die den König zum Eingreifen in den Dreißigjährigen Krieg bewegen haben, oder ob auch politische Motive dabei maßgebend waren, wie etwa der, ein nordisches evangelisches Kaiserreich zu gründen gegenüber dem spanisch-habsburgischen katholischen. Das frühe Ende des Königs vereitelte solche Ziele. Jedenfalls hat er den

Fortbestand des Protestantismus in Deutschland gerettet. Sehr interessant ist Arthur Neubergs „Umschlag des Zeitgeistes“. Wie um die Wende des 15. auf 16. Jahrhunderts, wo auf eine Zeit des heiteren Genießens bitterer Ernst folgte, Botticelli, Michelangelo, wie um die Wende des 18. auf 19. Jahrhunderts das Rokoko abgelöst wurde von der neueren Zeit, Mozart-Beethoven, so zeigen auch unsere Tage eine Wendung von der ästhetischen Richtung in eine ethische, in eine Stimmung des Ernstes und der Tat. „Die Zeit will Größe, will Energie, will Tat.“ „Es ist nicht bloß vorübergehende Krise, es ist Wende, es ist völliger Umbruch des Zeitgeistes.“ Friedrich Israel spricht in seiner „Befreiung Finnlands als Dank für Gustav Adolfs Tat“ von der Befreiung Finnlands durch die Deutschen und sieht darin die Abtragung der Danfeschuld für die Mitwirkung der finnischen Regimenter unter Gustav Adolf zur Errettung des Protestantismus. Der deutsche General v. d. Goltz hat die Befreiung Finnlands „den einzigen, bleibenden Erfolg des Weltkriegs“ genannt. „Deutschland und Finnland sind eins“ heißt es in einem Gedicht Eino Leinos. Unerwähnt lasse ich noch einige Aufsätze, wie Karl Fijfers „Zur Neubestimmung auf die Schöpfungsordnungen“ und Werner Neeses „Geographische Grundlagen der norddeutschen Frage“. Der herbe nordische Roman „Halbor im Frühling“ findet seinen Abschluß. Alles in allem, wieder ein prächtiges Heft der altbekannten, schönen Zeitschrift.

Elegante Welt. Die ersten Tips für die Weihnachtseinkäufe und für die Winterreise — wenn die finanziellen Verhältnisse die Möglichkeit dazu bieten — gibt die eben erschienene neueste Nummer der „Eleganten Welt“ (Verlag Dr. Seltzer, Eschweiler AG., Berlin SO 16). Seitdem auch die Wintermode sich zu allen Modestufen bekennt, ist die Wahl des richtig zusammengestellten Anzugs nicht mehr so einfach. Die klare Sonne des frohlig beiteren Januar-Sommers läßt noch stärker als die künstlichen elektrischen Sonnen etwaige Mängel und Unkorrektheiten des Anzugs hervortreten.

Hans Bojer: Der Verstrickte. Erzählungen. Eine Auswahl der besten und bedeutendsten unter Bojers Erzählungen. (C. S. Wed. München.) — Bojer ist uns kein Fremder mehr; im C. S. Wederschen Verlag sind seit Jahren seine vorzüglichen Romane erschienen. Auch die vorliegende Sammlung ist von großer künstlerischer Bedeutung. Das Thema der Erzählungen ist im allgemeinen sehr ernst; es handelt sich durchweg um Armut, Krankheit, schwere Arbeit in Eis und Kälte. Eine tiefe Melancholie liegt über den Erzählungen, aber sie machen uns nicht traurig, sondern erheben und befreien uns durch die Höhe und Größe des Dichters. Die künstlerische Bearbeitung hebt uns von all dem Elend empor zu freiem Kunstgenuß. Das ist die Wirkung des großen Geistes. D.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Sammlung.
Die dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände erteilte Erlaubnis zur Sammlung von Geldspenden zugunsten seiner fahrungsmäßigen Aufgaben wird in jederzeit widerprüflicher Weise bis zum 31. Dezember 1932 verlängert mit der Maßgabe, daß die Sammlung nur durch Versand von Werbeschriften und Veröffentlichung von Presseaufrufen, nicht aber durch mündliche persönliche Werbung erfolgen darf.
Karlsruhe, den 23. November 1932.
Der Minister des Innern.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Justizministeriums:
Verfetzt:
Gerichtsvorwalter Ernst Wegner beim Amtsgericht Karlsruhe zur Staatsanwaltschaft dortselbst, Justizobersekretär Emil Kollb beim Justizministerium zum Amtsgericht Karlsruhe, Justizassistent Emil Rink beim Notariat Furtwangen zum Amtsgericht Mannheim.
Zur Ruhe gesetzt auf Antrag:
Justizsekretär Heinrich Viebler beim Amtsgericht Mosbach bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.



Eine grosse Hilfe für die Hausfrau

die nun ihre Küchenausgaben erheblich senken und dabei ihre Speisen nahrhafter bereiten kann, ist das neue Naturprodukt **EDL-SOJA**, das an Nährwert unerreicht ist und die Verwendung der teuren Hühnereier sowie teilweise von Fett überflüssig macht. — Zu haben in fast allen Lebensmittelgeschäften und Drogerien zum Preise von 32 Rpf. für das 1/2-Pfund-Paket, 54 Rpf. für das 1-Pfund-Paket. Die wichtigsten Rezepte liegen jeder Packung bei! M.123

Vertreter: Ferdinand Keller, Karlsruhe, Douglasstrasse 1, Fernsprecher 4837

Carl Schöpf

KARLSRUHE — MARKTPLATZ

Damen-Wintermäntel ganz gefüttert, ohne Pelz . . .	7,50	12,50	18,50	26,50	35,—	und höher
Damen-Wintermäntel ganz gefüttert, mit groß. Pelzkrag . . .	9,75	14,50	19,50	29,50	48,—	und höher
Kinder-Mäntel für Mädchen und Knaben . . .	3,90	6,50	9,50	14,50	19,50	und höher
Herren-Wintermäntel . . .	22,50	35,—	48,—	58,—	65,—	und höher
Damen-Wollkleider neue Farben und Formen . . .	5,75	10,50	16,50	22,50	29,50	und höher
Seid. Nachmittagskleid elegant verarbeitet . . .	8,50	14,50	25,—	36,50	45,—	und höher
Marocaine-Blusen . . .	3,90	5,50	7,50	9,75	12,50	und höher
Prakt. Morgenröcke . . .	1,90	3,75	6,50	9,75	11,50	und höher
Dam.- u. Herr.-Pullover reine Wolle . . .	3,90	4,75	6,50	8,50	12,50	und höher
Dam.- u. Herr.-Westen . . .	5,50	7,50	8,75	12,50	14,50	und höher

Mein diesjähriger

Großer Weihnachts-Verkauf

beginnt Samstag d. 26. Nov.

In den letzten Tagen trafen große Sendungen neuester

Damen-, Herren- und Kinderkonfektion

ein, die ich zu Sonderpreisen erwerben konnte

Diese umfassende Auswahl prakt. sowie eleg. Kleidung bringe ich

unglaublich billig

zum Verkauf.

Jetzt können Sie schenken! — Wollen Sie zu Weihnachten Freude bereiten, dann warten Sie nicht bis zum letzten Augenblick.

Prüfen Sie meine Angebote und Sie werden schnell die großen Vorteile erkennen!

In allen Abteilungen liegen **Reste u. Abschnitte** für Kleider, Blusen, Röcke, Mäntel, Anzüge, Leib- und Bettwäsche in großen Mengen besonders billig auf. M.147

Badisches Landestheater
Samstag, 26. Novemb. 1932
* E. S. Th.-Gem. 301—400

Der Mann mit den grauen Schläfen

Lustspiel von Leo Lens
Regie: v. b. Trend

Mittwöchens:
Ermarth, Erwig, Radomacher, Göder, Moebis

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise B 0,80—3,90 20

So. 27. 11. Nachm.: Figaro's Hochzeit. Abends: Hoffmanns Erzählungen. Im Konzerthaus: Neu einstudiert: Kyril's Perle.